BIOLAND, den 12.05.2024

Ökolandbau auf nationaler Ebene stärken

Landwirtschaft soll ökologischer werden, so will es die EU in ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik. Doch wie die Bundesregierung dies auf nationaler Ebene umsetzen will, ist so gar nicht öko. Wir fordern eine klare Stärkung des Ökolandbaus.

Die Arbeit von Bäuerinnen und Bauern in deiner Region wird auch mitbestimmt durch die EU. Sie stellt bisher im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik einen großen Geldtopf von 58 Mrd. Euro aus Steuermitteln zusammen, der unter den Mitgliedsstaaten aufgeteilt wird. Alle sieben Jahre wird die Gemeinsame Agrarpolitik der EU reformiert und es beginnt eine neue Förderperiode. Die nächste hätte bereits 2021 beginnen sollen, aber weil sich Mitgliedsstaaten, EU-Parlament und EU-Kommission nicht rechtzeitig auf eine gemeinsame Regelung einigen konnten, gilt aktuell noch eine Übergangslösung. 2023 beginnt dann die neue, verkürzte Förderperiode bis 2027. Jährlich 6,2 Milliarden Euro bekommt Deutschland bisher aus dem großen Agrartopf für seine Landwirtschaft und die Entwicklung ländlicher Räume. Ein Großteil davon – rund 4,9 Milliarden – wird pro Hektar an die Landwirt*innen verteilt. Das ist die sogenannte 1. Säule. Über hohe Pachtpreise wird davon aber auch ein großer Teil an die Besitzer der landwirtschaftlich genutzten Flächen weitergereicht. Das Geld bekommen die Landwirt*innen, ohne wirksame Gegenleistungen im Umweltbereich erbringen zu müssen. Allein die Fläche zählt: wer viel hat, bekommt auch viel. Für viele

Betriebe macht dieses Geld rund die Hälfte ihres Jahresgewinns aus. Ein Teil der restlichen 1,3 Milliarden Euro in der deutlich kleineren 2. Säule werden als Prämien ausgezahlt für freiwillige Maßnahmen für Ökologie, Umwelt- und Tierschutz. Gerade für Ökobauern und -Bäuerinnen wichtiges Geld.

Bioland

sie sich das traut, bleibt abzuwarten.

Die neue Bundesregierung kann aber auch wichtige Weichen für die Zukunft stellen: Die anstehende GAP-Periode läuft noch bis 2027. Diskussionen über die nächste ab 2027 haben bereits begonnen. Eines der wichtigsten Themen dabei: ein Ausstieg aus der pauschalen Flächenförderung der 1. Säule. Mit der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU nach 2027 soll es kein Geld allein für die Fläche mehr geben. So lautet der Vorschlag der Zukunftskommission Landwirtschaft, die im Auftrag von Kanzlerin Merkel im Juni ein Papier vorgelegt hat. Wie genau das umgesetzt werden soll, darüber wird bereits heute gerungen. Deutschlands Stimme ist dabei wichtig. Die neue Bundesregierung kann dort also viel Einfluss auf die Landwirtschaft der Zukunft nehmen - wenn sie sich zur ökologischen Agrarwende bekennt.